

Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und
Freundinnen politischer Gefangener in der BRD

Angehörigen Info

C 10 190 D

22. 10. 1992

Preis: 1,20 DM

105

Haftaussetzung statt Begnadigung bei Bernd Rößner

Am Freitag, 23. 10. 92, wurde bekanntgegeben, daß von Weizsäcker Bernd Rößner jetzt nicht begnadigt. Stattdessen hat Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger entschieden, daß Bernds Haft ab dem 17. 11. ausgesetzt werden soll — aber nur für 18 Monate und nur dafür, daß sich Bernd in eine therapeutische Einrichtung begibt! Das heißt, daß es offen ist, ob Bernd danach wieder in den Knast muß! Haftunfähig — weil er auf das Schwerste durch die Haftbedingungen krankgemacht wurde — soll er jetzt in einer Therapie gesund werden, mit der permanenten Drohung, zurück zu müssen in die Situation, die ihn so schwer gesundheitlich angegriffen hat.

Der vom OLG Düsseldorf für den 27. 10. anberaumte Anhörungstermin fand nicht statt; näheres ist uns unbekannt.

Unterdessen kam es in einigen Städten zu kleineren Kundgebungen. In Karlsruhe forderten 40 bis 50 Leute im strömenden Regen die endgültige Freilassung Bernds; das Kurdistan-Komi-

tee und die SDAJ verlasen Grußadressen. In Celle versammelten sich zeitgleich — am 24. 10. — etwa 60 Personen zu einer Kundgebung, die ursprünglich als Demonstration angesetzt gewesen war. Vor dem Knast in Kassel trafen sich am 25., 26., 27. und 30. 10. jeweils etwa ein bis zwei Dutzend Menschen aus verschiedenen Städten. Alle diese Aktionen fanden Resonanz in der Regionalpresse; z. T. sogar darüber hinaus. (d. Red.)

IG Medien-Funktionär fordert sofortige Begnadigung

27. 10. 92

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, mit äußerster Sorge haben wir die Nachricht aufgenommen, daß Sie nun offenbar entgegen den zuvor getroffenen Absprachen und Zusagen doch nicht bereit sind, Bernd Rößner zu begnadigen.

Es ist allgemein bekannt, daß Bernd Rößner seit mindestens zehn Jahren schwer krank ist, daß sich sein Gesundheitszustand täglich, ja stündlich rapide

verschlechtert und die Möglichkeit einer lebensbedrohlichen Zuspitzung seines Gesamtzustands permanent gegeben ist.

Die weitere Inhaftierung Bernd Rößners verstößt somit seit Jahren gegen die elementarsten Menschenrechte, er muß umgehend freigelassen werden. Dies hat auch die Bundesjugendkonferenz unserer Organisation bereits im April gefordert.

Ihnen müßte ausreichend deutlich sein, daß die Androhung einer anschließenden neuerlichen Inhaftierung eine wirkliche Chance Bernd Rößners auf Therapie, gesundheitliche Wiederherstellung und eine menschenwürdige Lebensperspektive notwendigerweise grundlegend entgegensteht.

Sie dürfen darauf rechnen, daß es in der IG Medien eine Vielzahl Kolleginnen und Kollegen gibt, die den weiteren Lebensweg Bernd Rößners mit großer Aufmerksamkeit und nachhaltiger Sorge begleiten werden. Die Beschlußlage unserer Bundesjugendkonferenz, daß Bernd Rößner sofort freizulassen ist, ist uns Verpflichtung.

Ich fordere Sie eindringlich auf, Ihre Haltung zu überprüfen und entsprechend den zuvor getroffenen und öffentlich bekannt gemachten Abreden Bernd Rößner umgehend zu begnadigen.

Hochachtungsvoll

Lars Fischer

Landesjugendleiter IG Medien Berlin-Brandenburg, Mitglied d. Geschäftsf. Hauptjugendausschusses

An die 4. Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform/PDS

Nachfolgender Antrag, den die Palästina-Gruppe Westberlin am 1. 11. einreichte, wurde von den Delegierten einstimmig bei sieben Enthaltungen angenommen.

Die Delegierten erneuern die Forderung, Bernd Rößner sofort und ohne Wenn und Aber freizulassen und bringen dies in einem Brief an den Bundespräsidenten, Herrn Weizsäcker, zum Ausdruck.

Die Begründung ergibt sich aus dem Beschluß des Landesparteitages der PDS Berlin im letzten Jahr. Aus diesem Grund wird der Landesvorstand der

Aus dem Inhalt

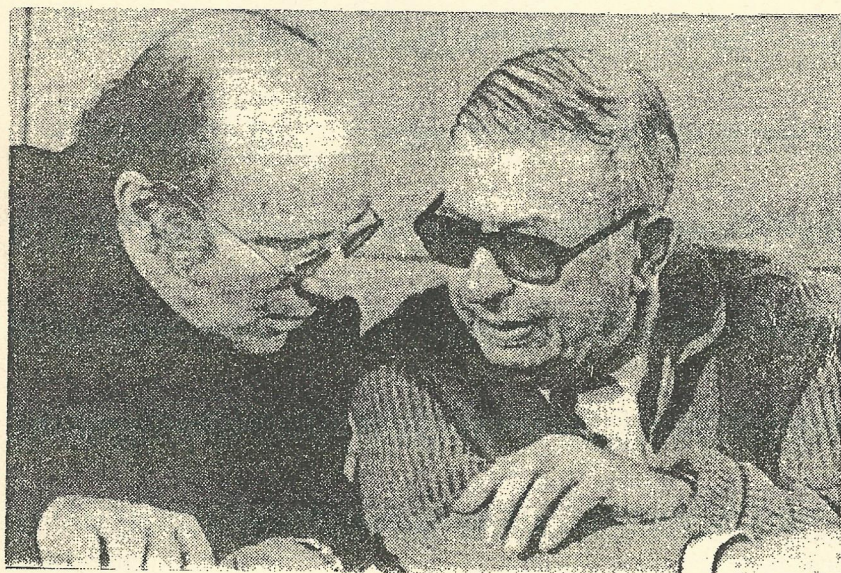
☆ Klaus Croissant zum „Spiegel“-Interview

☆ Offener Brief an Lutz Tauber

☆ Internationale Delegation in Peru festgenommen

☆ Aktionen in Amerika gegen Kolumbus-Feiern und Tribunal in San Francisco

☆ Kultur: Gespräch mit einem irischen Schriftsteller



Klaus Croissant mit Jean-Paul Sartre bei dessen Besuch in Stammheim 1974

PDS aufgefordert — wie auch alle Mitglieder der PDS —, sich entsprechend dem o. g. Beschluß mit Nachdruck für die Begnadigung von Bernd Röbner einzusetzen.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!
Sie wollten sich Anfang Oktober mit der Begnadigung von Herrn Bernd Röbner befassen.

Herr Röbner befindet sich seit 17 Jahren in Haft und ist schwer krank. Eigentlich hätte er nach 15 Jahren entlassen werden müssen. Seine Freilassung wurde abgelehnt, weil Herr Röbner einen bewaffneten Kampf gegen einen faschistischen Staat nicht abschließen konnte.

Wir sorgen uns um das Leben von Herrn Röbner und fordern Sie auf, *sofort* Ihre Zusage einzulösen, da eine bloße Haftaussetzung die weitere Gefährdung seiner Gesundheit bedeutet. Haftaussetzung hat das Ziel, eine erneute Haftfähigkeit zu erlangen, der dadurch entstehende psychische Druck kann eine Gesundung von Herrn Röbner nur verhindern.

Şükrü Şimşek frei, doch Abschiebung droht noch

In der letzten Ausgabe des *Angehörigen Info* haben wir davon berichtet, daß am 1. 10. bei einer Vorsprache bei der Ausländerbehörde in Hamburg der Kurde Şükrü Şimşek von der Polizei festgenommen und in Abschiebehaft gebracht wurde. Zahlreiche Aktionen von FreundenInnen und Bekannten folgten, um die Freilassung von Şükrü Şimşek zu erreichen. Am 22. 10. wurde er ohne Vorankündigung endlich freigelassen. Doch nach wie vor droht bis zur endgültigen Entscheidung über das Asylverfahren seine Abschiebung. Als nächstes will die Ausländerbehörde einen Antrag des Ehepaares Şimşek prüfen, für deren drei Kinder ein eigenständiges Aufenthaltsrecht zu erwirken, da aufgrund der politischen Aktivitäten der Eltern in der Türkei auch ihr Leben bei einer Rückkehr/Abschiebung bedroht ist. Quelle:

Lokalberichte Hamburg, 29. 10. 92 (d. Red.)

Hungerstreikabbruch in Bielefeld

Vor etwas mehr als einer Woche hat Heinz-Günter Funk seinen Hungerstreik im Bielefelder Knast abgebrochen (wir berichteten über den Hungerstreik im letzten *Info*). Die Erfüllung einer seiner Forderungen, nämlich die Verlegung nach Geldern, ist ihm zugesagt worden; ob das auch auf die für dort geforderte Ausbildungsmöglichkeit zum Schriftsetzer zutrifft, wissen wir jedoch nicht. (d. Red.)

Klaus Croissant zum *Spiegel*-Interview „von Tötungsverbrechen überzeugt“

Im *Spiegel* 43/1992 war ein Interview mit Klaus Croissant. Nach Erscheinen erhielten wir einen Brief von Dr. Zieger, Rechtsanwalt von Klaus Croissant, mit der Bitte, sein beigelegtes Schreiben an die *Spiegel*-Redaktion im *Angehörigen Info* zu veröffentlichen. d. Red.

Berlin, 19. 10. 92

Sehr geehrte Damen und Herren, wie Sie wissen, konnte aufgrund diverser technischer Pannen in Ihrem Haus mir der vorgesehene Interviewtext erst gegen 16.30 Uhr am 16. 10. 92 per Fax übermittelt werden. Da Haftbesuche nur bis 17 Uhr möglich sind, konnte ich den Text Herrn Dr. Croissant nicht mehr vorlegen und mußte — gemäß seiner Ermächtigung — in eigener Verantwortung das „Imprimatur“ erteilen.

Meinem Mandanten ist bewußt, daß die aus redaktionellen Gründen erforderliche Kürzung des ja wesentlich längeren und differenzierteren Interviews dazu nötigte, komplexe Antworten auf wenige Sätze zu kürzen.

Dennoch bedürfen zwei Passagen einer Klarstellung:

1) Der erste Gesprächspartner (*bei einem Besuch in Ostberlin 1979, zu dem er eingeladen wurde, d. Red.*) wurde Klaus Croissant nicht unter einem Tarnnamen, sondern mit Klarnamen als Mitglied des ZK der SED vorgestellt.

(Der zweiten Klarstellung wollen wir den entsprechenden Abschnitt, wie er im „*Spiegel*“ veröffentlicht wurde, voranstellen d. Red.:

Spiegel: Halten Sie trotz anderslautenden Gutachten noch immer an der These fest, die Stammheimer RAF-Häftlinge seien im Oktober 1977 ermordet wor-

den?

Croissant: Wie man diesen 18. Oktober 1977 auch dreht und wendet, was da geschehen ist, halte ich für ein Staatsverbrechen, selbst dann, wenn die Waffen von der RAF waren.

Spiegel: Wie das?

Croissant: Ich glaube, die staatlichen Organe wußten von den Waffen in den Zellen, und sie wußten auch durch umgefallene Zeugen und Abhörvorrichtungen, wozu die Gefangenen die Waffen benutzen wollten.

Spiegel: Das wäre dann Selbstmord mit staatlicher Beihilfe.

Croissant: Das wäre ein Tötungsverbrechen durch Unterlassen.

Spiegel: Sie wollen die Legende von den Stammheimer Märtyrern, obwohl RAF-Aussteiger inzwischen eindeutig anders ausgesagt haben, mit aller Gewalt am Leben erhalten.

Croissant: Ach wissen Sie, was heißt schon eindeutig. Was die RAF-Aussteiger sagen, sollte nicht zum Nennwert genommen werden. Vielleicht kommt da noch manches ans Licht.

2. Seine Antworten auf Fragen des *Spiegel* zu den Geschehnissen in Stammheim in Stammheim am 18. Oktober 1977 hat Klaus Croissant sinngemäß mit den Worten eingeleitet: „Unterstellt einmal, daß RAF-Waffen, auf welchem Wege auch immer, in die Zellen im 7. Stock gelangt sind, ...“ Klaus Croissant hat im übrigen keinen Zweifel daran gelassen, daß er die Selbstmordversion der Ermittlungsbehörden nach wie vor nicht teilt, sondern von einem Tötungsverbrechen überzeugt ist.

Mit freundlichem Gruß

Dr. Zieger, Rechtsanwalt

Offener Brief an Lutz Taufer

Hamburg, 27. 10. 92

Lieber Lutz,

wir sind eine der „Stimmen aus dem Off“, über die Du in Deinem Brief an das *Angehörigen Info* (Nr. 101) herziehst wegen der Kritik an dem Treffen mit Kinkel in Tutzing. Du beklagst: „es sind leute, die — für uns gefangene jedenfalls — nicht faßbar, nicht erkennbar sind durch diese aktivität oder jene produktion.“

Deshalb erstmal ein paar Worte dazu, wer wir sind: Seit März '92 geben wir die *Ohm* heraus, eine Hamburger Stadtzeitung, die die durch das Eingehen der sabot entstandene Lücke schließen und

ein Diskussionsforum der Hamburger linken Szene sein soll; die Ansätze, Überlegungen und politische Arbeit der verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen zusammenführen soll.

Im August veröffentlichten wir in unserer Zeitung das Protokoll aus Tutzing, zusammen mit einer kritischen Einleitung, in der wir auch den Begriff „Geheimverhandlungen“ gebrauchten. Der Begriff war falsch gewählt und ging an der Sache vorbei, zugegeben, aber unsere Kritik am Umgang mit dem Treffen halten wir weiter für berechtigt.

Nach der öffentlichen Auseinandersetzung im *Angehörigen Info* ist jetzt

klar geworden, wie das Treffen zustandekam und warum das Protokoll ursprünglich nicht veröffentlicht werden sollte, nämlich aufgrund der Auflage durch die Evangelische Akademie als Veranstalterin, daß alle TeilnehmerInnen des Treffens Stillschweigen darüber bewahren. (Nachdem die Gegenseite das Treffen aber abgefilmt hat, wie im *Angehörigen Info* 99 zu lesen war, braucht sich an diese Auflage doch wohl niemand mehr gebunden fühlen.) Aber als wir das Protokoll erhielten, hörten wir überhaupt das allererste Mal von dem Treffen, und die näheren Umstände waren uns völlig unklar. Selbst eine Hamburgerin, die wir als Teilnehmerin um eine Stellungnahme baten, lehnte es strikt ab, sich wie auch immer schriftlich zu dem Treffen zu äußern, und forderte uns auf, das Protokoll auf gar keinen Fall zu veröffentlichen. Die ganze Geschichte war sehr geheimnisumwoben.

Was wir nicht verstanden und für falsch halten, ist genau dieser geheimniskrämerische Umgang, der sich auf einen ganz kleinen Kreis von Leuten beschränkt. Warum wurde nicht gleich nach dem Treffen das Ganze offen gemacht, wie jetzt in dem Beitrag im *Angehörigen Info* Nr. 99 geschehen? Und Du machst es Dir zu einfach, wenn Du schreibst, alle, die im Kampf um die Freilassung von Euch Gefangenen engagiert sind und für die „diese Informationen Gebrauchswert hatten“, hätten davon gewußt oder davon wissen können. Wir finden Deine Haltung da geradezu arrogant und elitär. Du selber schreibst von „einigen dutzend Leuten“, die in die Diskussion um die Teilnahme am Treffen in Tutzing einbezogen waren. Der Kampf um Eure Freilassung geht aber reichlich mehr Leute an, wird von größeren Kreisen getragen. Und diese Leute, zu denen wir uns auch zählen, auch wenn wir nicht unseren politischen Schwerpunkt auf diesen Bereich legen wollen oder können, erwarten zu Recht, in die Diskussionen und praktischen Ansätze einbezogen zu werden. Wir müssen endlich mal hin zu einer offenen Politik, die Leute außerhalb von Insider-Klüngeln nicht von allen Informationen ausschließt. Genau aus dieser Halb-Öffentlichkeit entsteht das Mißtrauen, das dann den Vorwurf „Geheimverhandlung“ hervorbringt. Dieses Mißtrauen ist bei vielen auch gewachsen in der jahrelangen völligen Nicht-Transparenz der politischen Entscheidungsprozesse der RAF, dem Avantgarde-Politikverständnis, das erst seit kurzem zum Glück endlich aufgebrochen worden ist.

Und so, wie mit dem Treffen in Tutzing umgegangen wurde, hatten wir die Befürchtung: jetzt wird das wieder im kleinen Kreis abgedibbert und später fertig dem „Fußvolk“ präsentiert.

Alleine darum ging es uns und geht es uns noch immer.

„Gebrauchswert“ von diesen Diskussionen haben mehr als „einige dutzend Leute“, die alleine auch Eure Freilassung nicht durchsetzen können.

Denn raus müßt Ihr!

Und das wollen wir und noch viele andere, die Du in Deinem Brief einfach abschreibst . . .

Mit solidarischen Grüßen — die Ohm

Internationales

Internationale Delegation in Peru festgenommen und ausgewiesen

Die lebenslange Haftstrafe, die ein maskiertes Militärtribunal gegen den Vorsitzenden der Peruanischen Kommunistischen Partei (PCP), Abimael Guzmán, verhängt hat, darf uns nicht davon abhalten, *jetzt erst recht* für seine Freilassung und die Tausender inhaftierter peruanischer KommunistInnen zu kämpfen. Die Massaker an Hunderten wehrloser Gefangener im Sommer dieses Jahres sowie im Juni 1986 — während die Sozialistische Internationale in Lima tagte — zeigen, wie bedroht das Leben der inhaftierten peruanischen Revolutionäre ist. Gerade die politische Einschätzung der Politik der PCP und ihres bewaffneten Arms (Sendero Luminoso) geht bei der hiesigen Solidaritätsbewegung weit auseinander. *Das muß nicht negativ sein, wenn allen klar ist, daß die Solidarität anfängt, wo es gilt, RevolutionärInnen aus den Klauen staatlicher Repressionsorgane zu befreien.* Schließlich umfaßte die weltweite Kampagne für die Freilassung der Anarchisten Sacco und Vancetti in den 20er Jahren auch KommunistInnen und Liberale. Solidarität verkommt dann zur Karikatur ihrer selbst, wenn sie nur für den eigenen politischen Zirkel gilt und als Erpressungsinstrument bei politischen Differenzen gebraucht wird.

Gerade für deutsche AntiimperialistInnen lohnt es sich genauer hinzugucken, wie der BRD-Imperialismus in die peruanische Aufstandsbekämpfungsmaschinerie involviert ist.

Neben den USA, Israel, Taiwan, Spanien und Italien steht Deutschland nicht nur beratend den peruanischen Militärs zur Seite. So wurde bekannt, daß schon in den 80er Jahren eine peruanische Delegation das Hochsicherheitsgefängnis Köln-Ossendorf besucht hat, in dem *Ulrike Meinhof* lange Zeit im Toten Trakt isoliert wurde und in dem immer noch u. a. politische Gefangene eingesperrt sind.

Aus der BRD-Aufstandsbekämpfung wurde die Methodik der Fahndungsphotos samt dem Belohnungssystem nach Peru importiert. Die Methode des „Abschwörens“ samt Vorführung der Reuigen vor einem Fernsehpublikum nicht

ohne Bekanntgabe einiger vermeintlicher PCP/Sendero-Internas wurde aus Italien übernommen. Spanische „Anti-Terror-Einheiten“ bilden die peruanische Armee und Polizei aus.

Auch die jüngsten Maßnahmen gegen die Solidaritätsbewegung für die Freilassung der peruanischen KommunistInnen reihen sich in diese peruanisch-westeuropäische Aufstandsbekämpfungsstrategie ein.

— So wurde am 18. 10. 92 das Spendenkonto der Kampagne zur Verteidigung von Abimael Guzmán von der Berliner Sparkasse einseitig und ohne Vorankündigung aufgelöst. Die Sparkasse verweigerte jegliche Begründung für ihre Willkürmaßnahme wie über den Verbleib der bereits auf das Konto eingegangenen Spendengelder.

— Seit Wochen werden Meldungen aus BRD-Staatsschutzkreisen in der Presse verbreitet, daß peruanische Flüchtlinge, die als PCP-SympathisantInnen gelten, nach Peru abgeschoben werden sollen, was für sie Knast, Folter, eventuell den Tod bedeuten könnte.

— TeilnehmerInnen einer Delegation des „Internationalen Notkomitees zur Rettung des Lebens von Abimael Guzmán, unter denen sich auch der Frankfurter Rechtsanwalt Rainer Koch befindet, wurden am 27. 10. in Lima festgenommen und verhört, als sie eine Pressekonzferenz abhalten wollten, in der sie über ihre Tätigkeit und die Situation des in einem Militärgefängnis totalisierten Guzmán informieren wollten. Kontakt: Autonome KommunistInnen, Info- und Kopierladen M99, Manteuffelstr. 99, 1000 Berlin 36, Fax: (030) 6 11 5021

Die Delegation, die am 27. 10. festgenommen wurde, bestand aus Rainer Koch, Rechtsanwalt aus Frankfurt; Massimo de Santi, Professor aus Italien; Giovanna Pagani, Professorin aus Italien; William Martin, Philosophie-Professor der DePaul Universität Chicago; Nita Baehr, Buchautorin aus den USA; Maria Navarro, Übersetzerin für die Delegation. Der Delegation wurde „Rechtfertigung von Terrorismus“ vorgeworfen. Am Tag nach ihrer Festnahme wurde die Delegation in die USA abgeschoben. (d. Red.)

Lateinamerika war am 12. 10. der Schauplatz massiver Proteste der indianischen Ureinwohner gegen die offiziellen Feierlichkeiten zur 500-jährigen Wiederentdeckung des Kontinents durch Kolumbus. Es gab eine Mischung aus Massenprotesten und militanten Aktionen. Nachfolgend werden diejenigen Protestaktionen geschildert, von denen wir Kenntnis erhielten, die aber in keinem Fall eine vollständige Auflistung darstellen können.

Kolumbien. Mehr als 10 000 Indios, die in Popayan in Südkolumbien demonstrieren wollten, wurden von der Armee mit Waffengewalt aufgehalten. Dabei gab es mindestens 20 Verletzte. Außerdem wurden an vielen Orten Kolumbiens Straßenblockaden errichtet. In Bogotá und Barranquilla explodierten Sprengkörper und sorgten für Sachschaden.

Peru. In Cuzco (früher die Hauptstadt des Inkareiches) versammelten sich 40 000 indianische Landarbeiter, um der „Opfer der Invasion“ und der „Helden des Widerstands in den Anden“ mit einer Schweigeminute zu gedenken. In Lima sprengte die Guerilla eine spanische Bankfiliale in einem Reichtumsviertel der Stadt in die Luft.

Ecuador. In der Sierra wurden Straßen mit Steinen und Baumstämmen blockiert. Außerdem besetzten Indios Ländereien und unterbanden Lebensmittellieferungen. Zehntausende beteiligten sich unter dem Motto „500 Jahre Widerstand“ an einem Marsch nach Quito.

Bolivien. Sehr viele Indios — hauptsächlich Ketschuas und Aymaras — versammelten sich auch in La Paz. Dort sollte eine „Versammlung der ursprünglichen Nationalitäten“ gegründet werden.

Chile. Es gab viele Kundgebungen, vor allem in Temuco, wo die Mapuches schon seit Monaten protestieren, um ihr von den Weißen geraubtes Land zurückzubekommen. In Santiago de Chile zerstörte ein Sprengstoffanschlag die Scheiben der spanischen Botschaft.

Mexiko. Der Maya-Rat in Yucatán hatte dazu aufgerufen, in jedem Dorf kleinere Protestaktionen zu veranstalten. Außerdem gab es in der Tempelanlage Chichén Itzá vor Tausenden indianischer Ureinwohner eine Zeremonie, um u. a. daran zu erinnern, „... daß wir uns den kämpferischen Geist unserer Vorfahren bewahrt haben“.

USA. Außer dem anschließend näher beschriebenen Tribunal und den Aktionen in San Francisco gab es auch in New York City und Denver/Colorado größere Demos. (d. Red.)

„500 years of rape and hate — we refuse to celebrate!“

(Parole von Frauen und Lesben auf der Demo „500 Jahre Widerstand“ in San

Aktionen in Amerika gegen die Kolumbus-Feiern — Tribunal in San Francisco

San Francisco, 11. 10. 92)

Vom 2.-4. 10. 92 fand das „Internationale Tribunal der ursprünglichen Völker und unterdrückten Nationen Nordamerikas“ in San Francisco statt. Initiiert vom AIM (American Indian Movement) und unterstützt von VertreterInnen der puertorikanischen, New African und mexikanischen Bewegungen und fortschrittlichen Gruppen europäischer NordamerikanerInnen wurde das Tribunal zum Anlaß des 500. Jahrestages des Beginns der europäischen Kolonisierung des amerikanischen Kontinents veranstaltet.

Francis Boyle, Professor für Internationales Recht und Anklagevertreter, der auch das Tribunal zur Situation der politischen und Kriegsgefangenen im Dezember 1990 in New York leitete, zog einleitend in einer scharfen und genauen Rede Parallelen zwischen dem faschistischen System der Nazis und dem der US-Regierung. Einer der weiteren Anklagevertreter war David Cunningham, ebenfalls Mitarbeiter des New Yorker Tribunals, und weitere RechtsanwältInnen und -expertInnen.

Von 20 ZeugInnen, darunter ein Vertreter der Urbevölkerung Hawaiis und der langjährige politische Gefangene der Unabhängigkeitsbewegung Puerto Ricos, Rafael Cancel Miranda, der mit GenossInnen zusammen 1954 den US-Kongreß angriff, gab es Aussagen zu den drei Bereichen der Anklage gegen die Regierung der USA: Völkermord, Menschenrechtsverletzungen und politische und Kriegsgefangene. Die Anklageschrift war eineinhalb Wochen zuvor dem obersten Staatsanwalt der USA übergeben worden.

Nach mehrstündigen Aussagen und langen Beratungen der Jury, die aus fünf „Richterinnen“ und zwei „Richtern“ aus Spanien, Native Canada, der BRD, den Philippinen und den USA (Native American, Asian American und Afro American/New African) bestand, wurde die Regierung der USA in allen Punkten der Anklage, wenn auch nicht immer einstimmig, für schuldig befunden.

Teil des Tribunals waren auch Veranstaltungen, so ein kultureller Abend der teilnehmenden Völker und Nationen zur Eröffnung und ein Frauenpodium mit Vertreterinnen verschiedener Lesben- und Frauengruppen der „people of color“, und Arbeitsgruppen zu Rassismus, Homosexualität, politischen und Kriegsgefangenen, Erziehung und geschlossene Arbeitsgruppen einiger

„people of color“ sowie Bücher- und Infotische verschiedener Bewegungen und Gruppen. Die Grußadresse der Gefangenen aus RAF und Widerstand ans Tribunal und die Wandzeitung zur BRD wurden gut befunden und positiv begrüßt.

Ca. 1 200 Menschen fanden sich von Freitag bis Sonntag ein, und das Tribunal sowie allgemein die Aktivitäten der Kampagne „500 Jahre Widerstand“ fanden ein breites und positives Presseecho an der Westküste. Es gab in den letzten Monaten ein vielfältiges Kulturprogramm und politische Veranstaltungen und einige Ausstellungen, so auch die noch laufende „Art in Chains“ mit Gemälden von Leonard Peltier und anderen Native American-Gefangenen.

Die offiziellen Feierlichkeiten der Stadt San Francisco zur Bejubelung der Kolumbus-Landung wurden im Laufe der Monate mehr und mehr öffentlich unbedeutend bzw. die Landung der nachgebauten Kolumbus-Schiffe abge sagt „aus finanziellen Gründen und weil mit Protesten zu rechnen sei“, so einige Tageszeitungen.

Am 11. 10. gab es eine Demo mit ca. 7 000 Menschen, eine für die USA seltenst zusammenkommende Anzahl. Anlaß war das bereits in den letzten Jahren inszenierte Zeremoniell der Kolumbus-Landung und eine anschließende Parade zur Feier der „Entdeckung Amerikas“, veranstaltet von der Stadt.

Die in der Kampagne „500 Jahre Widerstand“ aktiven Gruppen, darunter neben den ursprünglichen Völkern und unterdrückten Nationen Schwule, Lesben, Aktionstheater, Jugendliche, „people of color“, Schulklassen, AIDS-Selbsthilfe etc., hatten im letzten Jahr bereits eine Gegenparade „Selbst-Entdeckung“ gemacht.

Gegen die Landung der nachgebauten Kolumbus-Schiffe und dem Schauspiel, das stattdessen stattfinden sollte, hatten Native Americans Widerstand angekündigt. Unterstützt von anderen befand sich seit dem 10. 10. eine sog. „Peace-Navy“ von kleinen Schiffen, Kanus, Paddelbooten und SchwimmerInnen im Hafengebiet, wo die Landung stattfinden sollte, um die ankommenden Schiffe zu blockieren. Vom frühen Morgen des 11. 10. an, beginnend mit einer Zeremonie, Trommeln und Reden, versammelten sich Hunderte von Menschen an dem Platz vorm Ufer, wo die Honorationen der Stadt und jubelnde Begrüßende Kolumbus empfangen wollten.

Ein Vertreter des AIM sagte, daß es beschämend für die Stadtvertreter San Franciscos sei, daß sie trotz allen Unrechts und aller Proteste die Inszenierung der Kolumbus-Landung durchführen wollen. In Denver/Colorado hatte am Tag zuvor die Stadt die Kolumbus-Feierlichkeiten abgesagt, weil die italienische community, die die Feiern veranstalten wollte, wegen der Geschichte des Unrechts und Völkermords und nach Aktivitäten von AIM Abstand von den Feiern genommen hatte.

Nach vielen Stunden war es so weit: das Schiff mit den Kolumbus-AkteurInnen kam — und fuhr vorbei. Die Landung fand dann am touristischen Rummelplatz „Fisherman's Wharf“ statt und hatte nicht viel öffentliches Echo, weil sie dort kaum vorbereitet und angekündigt war.

Die Demo, bunt und laut, zog dann los, am Federal Building, wo das FBI-Büro untergebracht ist, vorbei zur Stadthalle, wo auf einer Kundgebung u. a. RednerInnen von AIM, Puerto Rico, Mexiko, des ANC und auch zwei Frauen aus Genua sprachen. Genua ist die Stadt, aus der Kolumbus kam und wo heute das Geld für die Feierlichkeiten durch Umstrukturierungsmaßnahmen abgepreßt wird und es auch eine Bewegung gegen die „500 Jahre Kolonialismus“-Zelebrierung gibt.

Während der Demo waren Leute weggegangen, um gegen die Parade zu protestieren. Ca. 40 Leute wurden festgenommen unter dem Vorwand, ein Polizeiauto mit einer Brandbombe angegriffen zu haben. Die Leute sind zwar mittlerweile raus, es kann aber sein, daß einige Prozesse kriegen werden.

Abschluß der Kundgebung war eine Hip-Hop-Gruppe, die ihre Musikkultur zur antikolonialistischen Bewegung gehörig sieht.

Alles in allem sehen die aktiven Menschen der „500 Jahre Widerstand“-Kampagne hier das Jubelfeierprogramm als gescheitert und in dem öffentlichen positiven Echo jetzt sowie in ihren Tätigkeiten und ihrer Zusammenarbeit seit zwei Jahren mit allen Schwierigkeiten, die durch die politischen und kulturellen Unterschiede sowie patriarchalisches Verhalten bedingt sind, einen großen Erfolg und eine Basis für weitere Zusammenarbeit. Schwerpunkt soll darin weiterhin die Arbeit für die Freilassung der politischen und Kriegsgefangenen, vor allem Leonard Peltier, Geronimo Ji Pratt und Alejandrina Torres sein. (Bericht aus San Francisco, 17. 10. 92)

Dhoruba bin-Wahad: Die Staatsanwaltschaft in New York versucht weiterhin, Dhoruba wieder in den Knast zu bringen. Eigentlich sollte am 10. September ein Richter endgültig über den Antrag der Staatsanwaltschaft entscheiden. Der Richter hat sich aber kurze Zeit vorher in den Ruhestand versetzen lassen. Der neue Richter, der daraufhin ernannt wurde, Judge Allen, ist erst seit 6 Monaten im Amt, verfügt über gute Kontakte zur Staatsanwaltschaft und macht seine Karriere vom Ausgang des Falls abhängig. Ein neuer Anhörungstermin ist für den 21. Oktober angesetzt worden, und es ist zu befürchten, daß dann ein Haftbefehl gegen Dhoruba ausgesprochen wird. Deswegen ist es wichtig, weiterhin Petitionen und Briefe mit der Forderung, daß Dhoruba draußen bleiben soll, zu sammeln. *(Wir wissen leider noch nicht, was bei diesem Anhörungstermin herausgekommen ist, gehen aber davon aus, daß wir — hätte sich die Befürchtung eines Haftbefehls bewahrheitet — sicherlich darüber schon informiert worden wären. d. Red.)* Außerdem gab es am 10. September eine Demo und Kundgebung mit 200 Menschen in New York vor dem Rathaus unter dem Motto „Dhoruba muß frei bleiben und Freiheit für Mumia“. Ein Ergebnis der Demo war, daß es einen Tag später ein Treffen zwischen Dhorubas Anwälten, Dhoruba und einem Vertreter des Bürgermeisters von New York gab — allerdings ohne irgendwelche Zugeständnisse von seiten der Administration.

Auszüge aus einem Brief von Tim Blunk zu seiner Rückverlegung in den Isoknast von Marion, Illinois:

„... Die Verlegung von Marion nach Lewisburg im Februar war an sich schon merkwürdig. Einen Monat vor-

USA: Zur Situation von Dhoruba bin-Wahad und Tim Blunk

her kamen Bill Dunne (ein politischer Gefangener aus dem weißen anti-imperialistischen Widerstand) und ich — sowie einige andere Gefangene, die schnell wieder aus dem Bunker rauskamen — wegen eines Untersuchungsverfahrens über eine unglaublich lächerliche, angebliche Verschwörung in den Bunker. Angeblich sollen wir geplant haben, UNICOR (die Knastfabrik, in die Gefangene in Marion in der letzten Phase vor ihrer Entlassung aus Marion in Zwangsarbeit Waffenteile für General Electric herstellen müssen — d. Ü.) in die Luft zu sprengen. Es gab noch nicht einmal einen Hinweis, daß es irgendwelche Beweise dafür gab oder Hinweise auf Informanten. Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß ihr Mißtrauen sich auf ihre bizarren Vorstellungen über unsere Politik reduzieren — daß wir dafür leben, um Bomben zu legen. Ich war einfach sprachlos angesichts des ganzen Szenarios...

Zwei Wochen nach meinem Verhör dazu war ich in einem Bus auf dem Weg nach Lewisburg. Bill Dunne wurde ungefähr einen Monat nach mir nach Terre Haute, Indiana, verlegt. Keine der üblichen Verlegungsprozeduren wurde in unserem Fall angewendet. Wir wurden im wesentlichen aus Marion ‚ausgewiesen‘.

Jetzt, nachdem ich wieder in Marion bin, kann ich ein bißchen Trost in dem Wissen finden, daß ich keine einzige Minute von den 4 Monaten, in denen ich in Lewisburg war, verschwendet habe. Eddie Cortes, Alberto Rodriguez (zwei puertoricanische Kriegsgefangene —

d. Ü.) und ich waren im gleichen Trakt. Was für eine Veränderung nach Marion! Du hast vielleicht schon gehört, daß ich den Anfang einer Alphabetisierungskampagne zusammenbekommen hatte. Außerdem habe ich viel Musik gemacht — wieder Gitarre gespielt und mit Saxophon- und Klarinettenunterricht begonnen...

Egal, ich glaube, daß Lewisburg einfach ein bißchen zu nett, zu menschlich war. Ich denke wirklich nicht, daß ich wegen der Alphabetisierungskampagne oder anderer politischer Arbeit nach Marion zurückverlegt wurde. Alle Marion-Veteranen sind mit dem unsichtbaren Stempel ‚zurück zum Absender‘ versehen. Und das gilt insbesondere für die politischen Gefangenen. Beim ersten Zwischenfall in einem Knast, in den wir verlegt werden, werden wir mit größter Wahrscheinlichkeit nach Marion zurückgeschickt aufgrund von ‚allgemeinen Prinzipien‘ — unabhängig davon, in was für einem Verhältnis wir zu den fraglichen Vorfällen stehen.

In bezug auf die Arbeitsverweigerungsaktion in Lewisburg war es so, daß ich nicht in der Fabrik gearbeitet habe, wo die Aktion stattfand. Der gesamte Knast war sofort nach der Aktion nach dem Mittagessen im Einschluß — und bis dahin hatte ich noch nicht einmal von der Aktion erfahren. Die Aktion war sehr spontan, aber alle Gefangenen haben sich erstaunlich einmütig solidarisch dazu verhalten. Der Anlaß — Überfüllung und die Doppelbelagerung von winzigen Einzelzellen — war für alle Gefangenen deutlich und spürbar.

Unabhängig von den „allgemeinen Prinzipien“, die zu Kojos (politischer Gefangener aus der Black Liberation Army) und meiner Rückverlegung nach Marion geführt haben, bin ich mir ziemlich sicher, daß Kojo und ich vom stellvertretenden Knastleiter in Lewisburg ausgewählt wurden. Aufgrund eines unglücklichen Zufalls war (er) der Leiter der Untersuchung zu der angeblichen Ausbruchsverschwörung in Leavenworth 1986 — er hat Oscar Lopez (FALN), Kojo und mich 1986 nach Ma-

tion geschickt. Er hat seine Karriere auf unserem Rücken gemacht. Sein Name tauscht in allen Papieren auf, die uns dieses Mal hierhergeschickt haben. So, Kojo und ich haben uns zum zweiten Mal zusammen im Bus nach Marion wiedergefunden. Am gleichen Tag, als wir gefesselt im Bus durch den Mittleren Westen fuhren, hat Alan Berkman den Knast verlassen — frei . . .“

Tim ist weiterhin im Bunker in Marion.

Spanien: Alle 7 Tage Verlegung

Hallo, wie geht es Euch?

Eure sehr freundschaftliche Postkarte habe ich vor ungefähr einem Monat erhalten. Es freut mich immer, von Euch zu hören. Ich habe etwas gewartet, bis ich wieder geschrieben habe, falls das *Info* etwa ankommen sollte. Aber ich habe es noch nicht erhalten.

Ich habe von der sogenannten Kinkel-Initiative und der Waffenstillstands-Entscheidung der RAF erfahren. Gibt es schon Ergebnisse? Ich möchte mehr zu diesem Prozeß wissen. Vor kurzem habe ich ein Interview mit Irmgard Möller in der Madrider Zeitung *El País* (aus dem Magazin *Der Spiegel*) gelesen. Eine besonders liebevolle Umarmung an Irmgard.

Hinsichtlich unserer Situation hier will ich Euch sagen, daß die Bedingungen in letzter Zeit im Gefängnis viel schlimmer geworden sind. Ende März ist der Genosse Fernando Silva aus dem Knast von Granada geflohen. Der Regierung hat es nicht sehr gefallen, daß der Genosse weggegangen ist, ohne Abschied zu nehmen. Wegen der Überraschung blieb den Regierungsmitgliedern ein Arbeitsessen im Halse stecken. Man sagt, sie wären beinahe gestorben. Pech. Zur Zeit bin ich in der Zelle (22 Stunden) und im Hof ständig isoliert. Fast all meine wenige Kleidung und Bücher usw. hat man mir weggenommen und zurückbehalten. In der Zelle darf ich nur zwei Kleidungsstücke usw. haben. Alle 7 Tage Verlegung, und auf! noch noch eine Zelle zu reinigen! Ich habe schon so viele Zellen gereinigt, daß ich einen Waschmittelkomplex bekomme. Ständig sind Körper- und Zelldurchsuchungen: beim Hinausgehen, beim Hereinkommen, am Tage, in der Nacht — na ja, ausgenommen an den Tagen, wo es „Kaffee auf den Hof regnet“. — Dies ist kurz und gut eine Situation, die ein sehr masochistischer Masochist genießen würde. Aber . . . Zeit bringt Kirschen. Trotzdem ist es die Hauptsache jetzt, die Haftunfähigen hier und dort freizulassen. Der Fall Juan Manuel Pérez Hernández ist hier am besorgniserregendsten (siehe dazu auch *Info* 96 — d. Red.). Er leidet an unheilbarem verfrühten, geisernenhaften Wahnsinn wegen des Herzinfarkts, den er im Hungerstreik hatte.

Ich sage Euch schon auf Wiedersehen. Eine herzliche Octopus-Umarmung und viel Liebe und Kraft an alle, bis bald — Manuel

Gefängnis von Orense, 18. 6. 92

Manuel Parodi Muñoz ist ein politischer Gefangener aus den GRAPO. Er hat diesen Brief auf deutsch geschrieben.
(d. Red.)

Presseerklärung des Informationszentrums für freie Völker, Köln

Türkei: Hungerstreik der politischen Gefangenen im Gefängnis von Buca

Am 14. 9. 1992 ist es im Gefängnis von Izmir-Buca zu einer Auseinandersetzung zwischen der Gefängnisleitung und den politischen Gefangenen gekommen. Der Grund für diese Auseinandersetzung war, daß die Gefangenen gegen die Reduzierung des Hofgangs protestiert haben. 20 Gefangene wurden dabei von Soldaten und Polizisten zum Teil schwer verletzt. Die Verletzten sind nicht ins Krankenhaus gebracht worden. Am 15. 9. 1992 hat es wieder eine Auseinandersetzung gegeben, bei der 58 Gefangene verletzt worden sind, davon 20 schwer.

Seit 2 Jahren dürfen die Gefangenen im Gefängnis von Izmir-Buca keinen Besuch und keine Post bekommen. Für einige Gefangene ist ein Besuchs- und Postverbot bis 1997 verhängt worden. Aktuell gibt es in keinem Gefängnis der Türkei tatsächliche Isolationshaft, aber im Buca-Gefängnis wird nach jeder Operation versucht, die Frauen in Isolationszellen zu verschleppen.

Die Konterguerilla verteilt seit einem Jahr im Gefängnis Flugblätter unter dem Namen KAP („Kemalistische Polizei- und Militärkraft“), mit dem Tenor: „Uns gibt es auch im Gefängnis“, „Vor uns könnt ihr nicht weglaufen, wir werden euch umbringen“.

Die politischen Gefangenen beurteilen die Operationen gegen sie als Angriff der Konterguerilla. Aus Protest gegen die Unterdrückung im Gefängnis haben sie am 14. 9. 1992 einen Hungerstreik angefangen . . .

Die Gefangenen, die sich an diesem Hungerstreik beteiligen, kommen aus den folgenden Organisationen: TKIH, TKP/B, TKP/ML Hareketi, PRK (Rizgari), Direnis Hareketi, TKP/K, Devrimci Yol, DKP, KKP, PKST, TDKP, TIKB, MLSP-B, Ekim, TKP/ML und Devrimci Sol. Der Hungerstreik wird von den Angehörigen der politischen

Gefangenen und den Gefangenen anderer Gefängnisse unterstützt.

In dem aus 25 Punkten bestehenden Forderungskatalog der Gefangenen wird als erstes gefordert, daß menschenwürdige Lebensbedingungen im Gefängnis geschaffen werden, Besuchs- und Posterlaubnis und der Besuch unter den Gefangenen.

In einer Erklärung der politischen Gefangenen und deren Familien rufen sie die Öffentlichkeit auf, gegen die Angriffe zu protestieren und ihren Widerstand zu unterstützen.

Falls es im Gefängnis zum Tod oder bleibenden Schäden der hungerstreikenden Gefangenen kommt, sind die Regierung, der Justizminister und die Gefängnisleitung dafür verantwortlich. **Wir rufen alle demokratischen Kräfte auf, diesen Widerstand zu unterstützen und gegen die Angriffe gegen die politischen Gefangenen in der Türkei zu protestieren.**

Am 19. 10. haben die Gefangenen ihren Hungerstreik erfolgreich beendet, nachdem ihnen die Erfüllung von 19 ihrer 25 Forderungen zugesagt worden ist.
(d. Red.)

Das Plakat „Freiheit für alle politischen Gefangenen“ ist wieder erhältlich — jetzt ohne den Demoaufdruck vom 20. 6. 92. Es kann bezogen werden über die Redaktionsanschrift (siehe Impressum). Bis 5 Stück kostet es je 2 DM, ab 5 bis 10 Stück 1.50 DM und ab 10 Stück je 1 DM, alles zuzüglich Portokosten. Eine Rechnung wird dann den Plakaten beiliegen.

Endlich mal eine Kulturseite . . .

John (Sean) McGuffin, geb. 1942 in Belfast, Nordirland. Absolvierte die Queens University in Belfast und arbeitete als Dozent an einem Belfaster College. Nach eigenen Angaben Republikaner, Anarchist, intellektueller Hooligan und Schriftsteller. Ende der 60er zunächst Mitglied der „Peoples Democracy“, einer studentischen Bürgerrechtsorganisation, wurde er 1971 von der britischen Besatzungsarmee im Rahmen einer Massenverhaftung wegen angeblicher IRA-Aktivitäten zwei Jahre ohne Anklage und Verfahren interniert. Dort begann er über die Haftbedingungen zu schreiben.

Anfang der 80er Jahre emigrierte er in die USA und arbeitet jetzt als Rechtsanwalt, Journalist und Schriftsteller in San Francisco.

Ich hab' zu schreiben begonnen, als ich interniert war, 1971. Ich ging zur Gefängnisbücherei und fragte nach einem Buch über Internierung. Und die sagten: „Es gibt keins“, und ich sagte, „aber es muß eins geben, ich meine, ihr interniert Leute jetzt seit 80 Jahren, da muß es ein Buch drüber geben“, und ich stellte fest, es gab tatsächlich keines. Ich war im Knast mit 220 anderen Männern, einige von ihnen waren in den 20er, in den 30er, den 40er, den 50er, den 60er Jahren interniert gewesen, und jetzt hatten wir 1971, dadurch konnte ich eine Menge Leute interviewen, die nirgendwo anders hingehen konnten. Uns so bekam ich das meiste Material über Internierung durch Gespräche mit all den verschiedenen Leuten, die aus ganz Irland im Knast saßen.

Das führte zu einem zweiten Buch, „The Guineapigs“ (Die Versuchskaninchen), das über ein Folterexperiment mit sensorischer Deprivation handelt, das die Briten an 14 irischen Gefangenen durchführten. Ich kenne vier dieser Gefangenen persönlich, sie landeten alle im Cromlin Road-Gefängnis, in dem ich auch war, und je genauer ich die Sache betrachtete, desto mehr erschien es mir ein besonders zynisches Experiment.

Nicht nur, daß sie anders als andere Leute gefoltert worden waren — es gab eine Menge Brutalität, die ich erlebt habe, und ich kenne eine Menge brutalisierter Menschen —, aber dies war ein sehr kaltes, zynisches Experiment, in dem die Briten verschiedenste Foltertechniken aus der ganzen Welt anwandten und sie zusammenwürfelten, um zu lernen, wie man Gefangene bricht. Eingeschlossen lange Perioden des Stehens, einen Beutel über dem Kopf, „weißer Lärm“, so daß man nichts hören konnte, kein Schlaf, kein Essen, kein Wasser, und das desorientiert Menschen, wenn du das mit ihnen

Aus einem Gespräch mit dem irischen Schriftsteller John McGuffin „Im Knast begann ich zu schreiben“

machst.

Sie wandten auch das an, was die Russen angewandt haben, die „Stoika-Position“, du mußt dich auch Zehenspitzen gegen die Wand stellen, lediglich unterstützt durch deine Fingerspitzen, und wenn du runterrutschst, treten sie dich wieder hoch.

Ich habe Forschungen darüber angestellt und festgestellt, daß es wirklich ein besonders scheußliches Experiment war und daß der britische Geheimdienst dafür verantwortlich war. Und als Resultat habe ich dann „The Guineapigs“ veröffentlicht. Die Regierung in Südirland brachte England vor den Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassbourg, und sie wurden für Folter verurteilt. Natürlich haben sie weiterhin Gefangene gefoltert und tun es immer noch, aber sie benutzen diese besondere Methode nicht mehr.

Als Ergebnis dieses Buches wurde ich eingeladen, an der Internationalen Kommission zur Untersuchung des Mordes an Ulrike Meinhof im Knast teilzunehmen, und habe da mitgearbeitet. Meine Aufgabe war es, über die sensorische Deprivation, die an deutschen Gefangenen ausprobiert wurde, zu schreiben, und dieses Buch wurde dann auf französisch von Maspero in Paris veröffentlicht.

Dann hab' ich ein Buch über illegale Whiskybrennerei, Mondscheinwhisky, geschrieben, was in Irland eine lange Tradition besitzt. Ich sehe das als politischen Akt an, den eigenen Whisky zu machen, weil der Staat alles versteuern will, und wenn du ein Rebell bist und keine Treue zum Staat verspürst, nun, dann machst du deinen eigenen Whisky, baust dein eigenes Gras an. Du machst, was du willst, und denkst nicht, daß der Staat dazwischentreten sollte, aber, so ist es nicht, es ist nicht wirklich ein politisches Buch, doch es ist ein interessantes Buch. Ich traf eine Menge alter Männer, die immer noch auf den Hügeln leben und ihren eigenen Whisky brennen und verkaufen.

Ich habe Widerstandsplatten produziert, z. B. „England's Vietnam“, wir haben auch Widerstands-Comics, die Untergrund-Comics waren, gemacht und publiziert, und dann habe ich angefangen, Kurzgeschichten zu schreiben, die, naja, ziemlich geschmacklos waren, aber sie sind über das Leben in Nordirland, vom humorigen Gesichtspunkt aus. Und dann ging ich ins Herz der Bestie, nach Amerika, und bin da geblieben. Ich habe verschiedene Fernsehspiele geschrieben, die meisten über Irland, keines von ihnen wurde bisher veröffentlicht. Eines wird

wohl im Yorkshire Television laufen, ich hoffe, sehr bald, aber es ist was, was ich vor über 15 Jahren geschrieben habe. Dann habe ich „Der Hund“ geschrieben, ich wollte schon lange einen politischen Thriller schreiben, und ich wußte, daß bisher niemand einen politischen Thriller geschrieben hatte, in dem stand, daß die IRA gut ist und die IRA gewinnen sollte und die IRA nicht aus lauter Terroristen und Schweinen besteht, daß sie keine Psychopathen sind, sondern Freiheitskämpfer, laß' uns einen Thriller über sie schreiben, wie sie die Briten besiegen. Deshalb hab ich's getan.

Selbstverständlich ist es extrem schwierig, dafür einen Verleger zu finden, aber jetzt wurde es auf deutsch veröffentlicht, von einer Gruppe verrückter Deutscher, und ich bin ihnen sehr dankbar. Zur Zeit schreibe ich ein Buch mit dem Titel „Zen und die Kunst der Strafverteidigung“, wie man das Rechtssystem aushebelt, das klappt ganz gut. Außerdem schreibe ich ein Buch namens „Laß uns alle Anwälte umbringen“, eine Komödie, aber verschiedene Rechtsanwälte werden in jedem Kapitel ermordet. So, das ist es im Grunde, warum ich angefangen habe zu schreiben.

Ich hatte außerdem verschiedene Karrieren, jetzt arbeite ich als Anwalt in San Francisco, und ich denke, wenn du im Exil lebst, ist Schreiben ganz hilfreich und nützlich als eine Art Katharsis. Aber wenn du im Exil lebst und vorher im politischen Kampf involviert warst, kannst du das nie vergessen . . .

Ich bekomme in Deutschland eine Menge Unterstützung für meine Bücher, und meine Einstellung ist, daß es internationale Solidarität mit allen Unterdrückten geben muß, sei es mit den irischen oder den palästinensischen, sei es mit denen in El Salvador oder Guatemala oder Nicaragua oder mit der arbeitenden Klasse in irgendeinem Land der Welt: Das war immer außerordentlich wichtig für mich und wird es auch bleiben. Ich gehöre heute keiner bestimmten Organisation oder Gruppe an, aber ich kooperiere mit jeder Gruppe zu jedem Thema, solange es ein antiimperialistisches oder antikapitalistisches Thema ist. Es ist manchmal schwierig für jemanden mit meinen Ansichten, in Amerika zu leben, weil wir Amerika immer als Herz der Bestie und großen Satan gesehen haben, und manchmal ist es auch schwer, aber Amerika ist ein riesiges Land, und es gibt viele gute Dinge in Amerika, so wie es viele schlechte Dinge gibt . . .

Aus einem längeren Interview, das die Palästina-Gruppe Westberlin mit dem Autor führte. (Quelle: Neues

Zur Zeit deutschsprachig lieferbare Bücher:

Sean McGuffin: „Bullen, Bomben, Bars“, 1985; „Der Knieschußclub“, Irische Abendunterhaltung, 1987; „Der Hund. Eine Verschwörung“, 1990. Alle Nautilus/Nemo Press, Hamburg — Edition Moderne, Zürich.

In englisch lieferbar:

John McGuffin: „In Praise of Poteen“, Appletree Paperback, 1978; „Tales from the Barricades“, McNally & Loftin Publishers, 1990, Santa Barbara, Calif.

Termine

**Großdemonstration in Bonn
anlässlich des SPD-Sonderparteitags
am 16./17. 11. 92**

Wann, wenn nicht jetzt — wer, wenn nicht wir? Ausgehend von der parteilichen Solidarität mit den Unterdrückten und Ausgebeuteten, mit den „Verdamnten der Erde“ ... Ausgehend von der fundamentalen Ablehnung dieser alten „neuen Weltordnung“ ... Ausgehend von der Würde des Menschen und dem Streben nach Freiheit ... rufen wir auf zu einem starken *internationalistischen/antifaschistischen Block auf der Demonstration anlässlich des SPD-Parteitags am 14. November 1992 in Bonn*, Auftakt: 11 Uhr „Auf der Josefshöhe“. Eigene Abschlußkundgebung 14 Uhr Friedensplatz.

Veranstaltungsreihe „Gegen das Vergessen — Freiheit für Gerhard Bögelein“ von der Autonomen Infogruppe Kiel und der AG Gerhard Bögelein organisiert.

Die weiteren Termine und Themen der Veranstaltungsreihe in Kiel, Haßstr. 22:

16. 11., 20 Uhr, Galerie, Antifaschistische Perspektiven — Referate und Diskussion; 23. 11., 20 Uhr, Galerie, „Nachbetrachtung und Reflexion der Veranstaltungsreihe, Diskussion einer Freilassungskampagne für Gerhard Bögelein“; 7. 12., 20 Uhr, Theateraum,

„Weitere Hintergründe zum Prozeß, Solidarität und gesplante Erfahrungen“.

Kritische Uni Bonn — 500 Jahre Kolonialismus und Rassismus

5. 11., 20 Uhr, Hörsaal 8, Uni-Hauptgebäude, Cuba: Wie weiter? Cubanische Theologen berichten.

6. 11., 19 Uhr, Carl-Duisberg-Zimmer (Mensa Nassestraße 11), Freedom Now! Film und Informationen über die Kampagne zur Freilassung der politischen Gefangenen in den USA. Arbeitskreis USA der Gruppe für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen.

Hamburg. 18. 11., 19.30 Uhr, Info-café Frau Döse, Bartelsstr. 10, „Die DDR war noch weit entfernt von der Realisierung ihres gesellschaftlichen Anspruchs ... Dennoch war sie ... den Idealen des guten Menschen mehr zugewandt als den Gesetzen der Wölfe“ (Inge Viett). Für den Buß- und Bettag werden einige Studentinnen von der Humboldt-Universität in Berlin (Ost) eingeladen. Sie machen dort ein Seminar „Zur Situation der politischen Gefangenen in der BRD“. Wir wollen mit ihnen und allen, die es interessiert, über ihre und unsere Arbeit zu den Gefangenen reden, über die Situation an der Humboldt-Uni und über die politischen Verhältnisse in den sog. neuen und alten Ländern der BRD.

Das Info-Café findet jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat im Café Frau Döse, Tel.: (040) 4302590, statt und ist ab 15 Uhr geöffnet.

Würzburg. 13. 11., 20 Uhr, St. Johannis-kirche, Rennweg Ring 2, „Musik und Lyrik“, Orgelmusik von Joh. Brahms, internationale Texte von Gefangenen, Gemälde von Tim Blunk, USA. Sprecherin: Kathrin Kanne, Orgel: Thomas Wegst, Veranstalter: Infoladen und „Initiative Zelle“ der KHG. Eintritt frei, Spenden sind für die Kampagne „Free Mumia Abu-Jamal“ bestimmt.

Frankfurt. 14. 11., 21 Uhr, Zentrum, Hinter der Schönen Aussicht 11 a, Soli-

daritätsdisco für die drei irischen Gefangenen in Frankfurt und deren Angehörigen.

Karlsruhe. 18. 11., 20 Uhr, Stefanienstr. 60-64, Veranstaltung zur aktuellen Situation in Irland und zur Situation in den Knästen mit zwei VertreterInnen der Kriegsgefangenenabteilung von Sinn Fein.

**Konzertreihe der Musikgruppe
aus der Türkei „Grup Yorum“**

Duisburg. 7. 11., 16 Uhr, Hamborn, Claudberg-Halle; **Nürnberg.** 13. 11., 19 Uhr, Meistersingerhalle, Münchenerstr. 21; **Berlin.** 14. 11., 15.30 Uhr, Audi-Max der TU, Straße des 17. Juni; **Hamburg.** 15. 11., 15 Uhr, Haus des Sportes, U-Bahn Schlump (Karten für das Konzert gibt es noch im Schwarzmarkt oder im Café Liman in der Hafenstraße); **Bremen.** 18. 11., 14.30 Uhr, Neustadt, Kornstr. 283; **Köln.** 27. 11., 19 Uhr; **Stuttgart.** 29. 11., 14 Uhr, TSV Halle, 7250 Leonberg, Eitingen; **Schweiz.** 6. 12., 13 Uhr, Hazal Dügün Salonu, Sternhofstr. 15, Reinach.

Am 25. 10. fand bereits ein Konzert von Grup Yorum in München statt. Dabei riegelten mehrere Hundertschaften Polizei den Konzertsaal sowie die unmittelbare Umgebung ab. Zivilpolizisten drangen in den Saal ein und sprachen viele der BesucherInnen darauf an, ob hier linke revolutionäre Propaganda betrieben werde. Eine besondere Schikane, die die Grup Yorum-Gruppe an das staatliche Vorgehen in der Türkei erinnerte, stellte das Verbot durch die Münchner Polizei dar, das Licht im Konzertsaal auszumachen — das hatte zur Folge, daß Grup Yorum die geplanten Dias und Filme nicht zeigen konnte.

Heidelberg. 17. 11., 20 Uhr, AZ, Alte Bergheimer Str. 7a, Informationsveranstaltung zur Situation der irischen Kriegsgefangenen mit einer Vertreterin und einem Vertreter von Sinn Fein.

Heidelberg. 18. 11., 19.30 Uhr, AZ, Alte Bergheimer Str. 7a, Veranstaltung für politische Gefangene im Baskenland: Filme über Euskadi, Konzert mit bap (Baskenpunk) und Kalte Zeiten (Deutschpunk).

Impressum

Herausgeber: Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postlagerkarte 050205, 6230 Frankfurt/M. 80. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung in Schleswig-Holstein/Hamburg m. b. H., Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76. V. i. S. d. P.: Christoph von Hören.

Redaktionsanschrift und Bestellungen: GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: (040) 2204278, Fax: (040) 2297419. Einzelpreis: 1,20 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 28,60 DM, ein Halbjahresförderabonnement 39 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 0,75 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto: Hamburger Sparkasse, BLZ 20050550, Konto-Nr. 1330/110055. — Druck: Eigendruck im Selbstverlag.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Spendenkonto der Angehörigen: O. Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 100 100 10, Kt.-Nr. 44 86 30-102.

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe: Freitag, 13. 11. 92